

N i e d e r s c h r i f t

BAU/037/2013

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Bauausschusses der Stadt Rheine
am 21.02.2013**

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied / Vorsitzender
------------------------	-----	-----------------------------

Mitglieder:

Herr Matthias Auth	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Bernhard Kleene	SPD	Ratsmitglied
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Birgit Marji	Alternative für Rheine	Ratsmitglied
Herr Sascha Nolden	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Oechtering	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Strotmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Antonius van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Weißling	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Heinrich Winkelhaus	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
-----------------	-----------------------	---------------------

Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Heinz Werning		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat

Vertreter:

Herr Martin Beckmann	CDU	Vertretung für Frau The- resia Overesch
Herr Paul Hartmann	CDU	Vertretung für Frau The- resia Nagelschmidt
Herr Kurt Wilmer	SPD	Vertretung für Herrn Paul-Dieter Michalski

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann		Erster Beigeordneter
Herr Werner Schröer		Fachbereichsleiter FB 5
Frau Claudia Kurzinsky		Produktverantwortliche Hochbau
Herr Jürgen Grimberg		Produktverantwortlicher Zentrale Gebäudewirt- schaft
Frau Karina Groß de Wente		Produktverantwortliche Vermessung
Herr Hans-Jürgen Gawollek		Produktverantwortlicher Straße/Grün
Herr Martin Forstmann		Mitarbeiter der TBR
Herr Thomas Roling		Mitarbeiter TBR
Herr Josef Lucas		Mitarbeiter TBR
Frau Andrea Mischok		Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder:

Herr Paul-Dieter Michalski	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied

beratende Mitglieder:

Herr Kadir Yalcin

Sachkundiger Einwohner
f. Integrationsrat

Herr Brauer eröffnet die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Er stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 36 über die öffentliche Sitzung am 24.01.2013

00:00:36

Änderungs- und Ergänzungswünsche werden zur Niederschrift nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 24.01.2013 gefassten Beschlüsse

00:00:48

Herr Schröder verliest nachfolgenden Bericht der Verwaltung.

Bericht der Verwaltung im Bausausschuss am 21.02.2013 aus der Sitzung vom 24.01.2013			
TOP	Antragssteller / Vortragender	Anliegen	Stellungnahme
TOP 16.1 ÖS Herr Roling	Herr Weßling	Absperrung aufgrund von Pflasterschäden Dutumer Straße / Bahnhofstraße	In diesem Winter ist insbesondere das Hochfrieren von Gehwegplatten zu beobachten gewesen. So sind zur Wahrung der Verkehrssicherheit zeitweise die Gehwege in der Bahnhofo unterführung und Bereich des Gehweges Dutumer Straße gesperrt worden. Zwischenzeitlich haben sich viele hochstehende Platten wieder in das Pflasterbett zurückgesetzt; allerdings sind etliche dieser Stellen in den nächsten Monaten noch weiter zu bearbeiten. Hauptgrund hierfür wird sicherlich der vor Wintereinbruch stark wassergesättigte Untergrund der Pflasterflächen sein, der ein weites Eindringen des Frostes in den Untergrund ermöglichte. Zudem wurde das Hochfrieren durch den Frost-Tauwechsel begünstigt. Die vorhandenen Absperrungen werden regelmäßig überprüft die Notwendigkeit festgelegt.
TOP 16.2 ÖS Herr Forstmann	Herr von Wanrooy	Überprüfung der Beleuchtung Jägerstraße / Friedhofstraße in den Abendstunden	Die Leuchtmittel im Eckbereich der Jägerstr. /Friedhofstr. wurden am 6.2.13 getauscht. In diesem Bereich gibt es starken Vandalismus an den Leuchtenköpfen durch Beschuss von (Kugeln und Steinen) Diesen Vandalismus gibt es leider auch in anderen Stadtteilen hauptsächlich an Straßen mit wenig Verkehr in den Abendstunden. Die Wannen der Lampenköpfe zeigen hier Einschusslöcher. Ferner muss hier angemerkt werden die Leuchtpunktabstände sind hier sehr groß die Ausleuchtung der gesamten Straße ist nicht optimal. Bei einem Ausbau der beiden Straßen wird dieser Abstand aber sicherlich optimiert.
TOP 16.3 ÖS Herr Roling	Herr Nolden	Nicht erfolgte Schneeräumpflicht eines Autohauses Salzbergener Straße / Schillerstraße	Eine flächendeckende Überprüfung der Einhaltung der Winterdienstpflicht der Anlieger durch die TBR ist nicht möglich. Wird allerdings die Nicht-Einhaltung der Winterdienstpflicht der Anlieger durch die MA der TBR im Rahmen ihrer turnusmäßigen Überprüfung des Straßennetzes festgestellt, oder liegen Hinweise darauf vor, wird dem Anlieger ein Handzettel mit der Aufforderung zur Winterwartung ausgehändigt.

3. Informationen

3.1. Eisenbahnrechtliche Planfeststellung im Bereich BÜ Hörstkamp

00:03:19

Herr Schröer verliest nachfolgenden Vermerk und erläutert die Thematik.

Technische Betriebe Rheine
-Verkehrsplanung-
- 5.3-lö- 482 -

13. Februar 2013

Information für den Bauausschuss am 21.02.13
öS

Eisenbahnrechtliche Planfeststellung im Bereich der Stadt Rheine, BÜ Hörstkamp

Die Stadt Rheine und die DB Netz AG haben im Jahr 2002 einen Planfeststellungsbeschluss zur Beseitigung des Bahnübergangs im Zuge der Gemeindestraßen „Hörstkamp / Staelskottenweg“ an der DB-Strecke Rheine – Löhne in Bahn-km 178,443 erwirkt. Bestandteil dieses Planfeststellungsbeschlusses ist der Bau einer Eisenbahnüberführung über einen Fuß- und Radweg in Form eines Trogbauwerkes. Dieser Planfeststellungsbeschluss wurde mit Datum vom 05. 06. 2003 unanfechtbar und war zunächst für die Dauer von fünf Jahren gültig.

Nachdem die erforderlichen Grunderwerbsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen wurden, sollte im Jahr 2004 mit dem Bau der Rad- und Fußwegunterführung begonnen werden. Die entsprechende Vereinbarung zwischen der Stadt Rheine und der DB AG wurde abgestimmt, aber nicht unterzeichnet.

Seitens der DB AG wurde der Stadt Rheine mitgeteilt, dass aufgrund des engen Rahmens der zur Verfügung stehenden Bundesmittel die Realisierungszeitschiene entsprechend anzupassen sei. In der Mittelfristplanung der DB AG wurde eine erste Baurate für das Jahr 2009 vorgesehen.

Mit der Novellierung des Allgemeinen Eisenbahngesetzes vom 17. 12. 2006 wurde die Geltungsdauer von Planfeststellungsbeschlüssen und Plangenehmigungen auf grundsätzlich 10 Jahre erhöht. Die Geltungsdauer würde somit am 05. 06. 2013 enden.

Da aufgrund der Finanzsituation der Stadt Rheine ein Baubeginn vor 2013 nicht durchgeführt werden konnte, sollte eine Verlängerung der Geltungsdauer beantragt werden. Grundsätzlich ist eine Verlängerung des Planfeststellungsbeschlusses um weitere fünf Jahre möglich. Die Bezirksregierung Münster führt das Verfahren zur Verlängerung des Planfeststellungsbeschlusses durch. Der Plan für die Verlängerung des Planfeststellungsbeschlusses hat vom 07. 01. 2013 bis zum 06. 02. 2013 einschließlich im Rathaus der Stadt Rheine zur allgemeinen Einsicht ausgelegt. Während der Auslegung wurden keine Einwände erhoben.

Aufgestellt: Februar 2013

gesehen:

Albert Lücke
TBR – Verkehrsplanung-

Werner Schröer
Fachbereichsleiter

Herr Hagemeier kritisiert die bisherige Entwicklung der geplanten Unterführung am Bahnübergang Hörstkamp. Er fordert die Verwaltung auf, den dafür nötigen Finanzierungsplan aufzustellen und die entsprechenden Zuschussanträge beim Land NRW und der Deutschen Bahn zu stellen.

Seine Darlegungen möchte Herr Hagemeier als Antrag an die Verwaltung gewertet wissen.

Herr Schröer nimmt den Antrag zur Kenntnis und sagt die Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

4. Eingaben

00:06:00

Es liegen der Verwaltung keine Eingaben vor.

5. Mündlicher Bericht zum neuen Rheine Mietspiegel 2012 Vorlage: 111 / 13

00:06:20

Frau Groß de Wente erläutert anhand einer Präsentation die Entwicklungen und die aktuellen Daten des Mietspiegels.

Der Mietspiegel ist als Anlage 1 der Niederschrift beigelegt.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zum Mietspiegel 2012 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Mündlicher Bericht zur Entwicklung des Grundstücksmarktes in der Stadt Rheine - Grundstücksmarktbericht 2013 Vorlage: 113 / 13

00:11:40

Frau Groß de Wente gibt Daten der Bodenrichtwertsitzung bekannt, die Grundlagen für den Grundstücksmarktbericht seien.

Der Grundstücksmarktbericht sei Anfang April verfügbar.

Beschluss:

Der Bauausschuss nimmt die Ausführungen zum Grundstücksmarktbericht 2013 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Erhaltungsaufwand 2013
Vorlage: 032 / 13

00:22:33

Herr Schröder verweist auf die Vorlage. Er erklärt, dass die Vorlage im Schulausschuss am 29.01.2013 beraten worden und ein einstimmiger Beschluss gefasst worden sei.

Herr Hagemeier weist darauf hin, dass wenn Schulstandorte reduziert werden, die Gebäude immer noch im Eigentum der Stadt Rheine stehen und somit unterhalten werden müssen. Er möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass mit dieser Kenntnisnahme nicht einer Reduzierung der Schulstandorte zugestimmt werde.

Herr Kuhlmann verweist auf die klaren Worte der Bürgermeisterin, wie nach ihrer Meinung nach mit den Schulstandorten umzugehen sei. Er finde es richtig, darauf hinzuweisen, dass hier auch eine Chance bestehe, Kosten zu reduzieren. Bedenklich sehe er die Tatsache, dass die Stadt Rheine unter dem empfohlenen Richtwert der KGSt für die Bauunterhaltung liege. Dies habe zur Folge, dass jedes Jahr Kapital durch die fehlende Unterhaltung der Liegenschaften, vernichtet würde.

Herr Kuhlmann bittet die Politik auf sich auch hierüber Gedanken zu machen, ob dies der richtige Ansatz sei.

Herr Wessling fragt an, warum die Umbaukosten für die Gesamtschule in der vorliegenden Vorlage nicht berücksichtigt seien. Nach seinen Informationen gebe es an der Gesamtschule einen Umbaubedarf z.B. des Lehrerzimmers und des Sekretariats. Außerdem möchte er wissen, ob es richtig sei, dass wenn der Schulbetrieb an der Overbergschule auslaufe und die Sporthalle keine schulische Nutzung mehr erfahre, die Halle dauerhaft für den Vereinssport freigegeben werde.

Er sei der Meinung, dass dann die 50.000 Euro für den Erhaltungsaufwand in die Maßnahmenliste fließen können.

Herr Grimberg erklärt, dass Anträge für Umbaumaßnahmen bezüglich des Lehrerzimmers und des Sekretariats der Gesamtschule gestellt werden. Diese Maßnahmen seien dann Umbaumaßnahmen und würden nicht zum Erhaltungsaufwand gehören, weil hier eine Funktionsänderung vorgenommen würde. Darüber müsse dann der Schulausschuss separat beraten, ob hierfür Geld bereitgestellt werde. Kleine Umbaumaßnahmen würden in Rücksprache mit der Schulverwaltung aus dem Budget der Bauunterhaltung gezahlt.

Bezüglich der Overbergschule erläutert Herr Grimberg, muss abgewartet werden, ob die Schule auslaufend gestellt werde. Um die Renovierung des Hallenbodens zu befürworten, müsse die Halle für den Vereinssport dauerhaft zur Nutzung stehen. Die Renovierung des Hallenbodens soll erst dann stattfinden wenn fest stehe, dass die Halle eine dauerhafte Nutzung durch den Vereinssport erfahren werde.

Herr Hagemeier teilt mit, dass er bestürzt sei, dass es im Gymnasium Dionysium schon jetzt Schwierigkeiten mit Staunässe in der Attika der neuen Fenster und der Sporthalle gebe. Er sei verwundert, dass keine Regressansprüche gegen das Architekturbüro oder die Baufirma mehr geltend gemacht werden können und die Anspruchsfristen abgelaufen seien.

Herr Kuhlmann bestätigt, dass in diesem Fall die Verjährungsfrist leider abgelaufen sei. Ein Anspruch sei somit nicht mehr durchzusetzen. Dies sei kein Verschulden der Verwaltung sondern folge einer gesetzlichen Vorgabe. Man habe bei dem beauftragten Architekturbüro davon ausgehen können, dass die Bauabnahmen ordnungsgemäß erfolgt seien. Dieser Fall zeige aber deutlich, dass Anspruch und Wirklichkeit auseinander gehen.

Herr Winkelhaus weist darauf hin, dass in Punkt 2.31 die Prüfung technischer Anlagen aufgeführt seien obwohl sie nicht in die Bauunterhaltung gehören. Die Prüfung technischer Anlagen gehöre zu den Betriebskosten.

Herr Grimberg bestätigt dies. Dieser Punkt sei nachrichtlich aufgeführt, da die Kosten tatsächlich aus dem Erhaltungsaufwand bestritten würden.

Danach berichtet Herr Winkelhaus, dass es Probleme mit den Fenstern der Annetteschule gebe. Bei starken Regenfall und Schlagregen würde das Wasser durch die Fensterdichtungen gedrückt werden. Er möchte wissen, ob dies bekannt sei und im Budget berücksichtigt wurde.

Herr Grimberg sei das aktuelle Problem bei der Annetteschule nicht bekannt. Er teilt mit, dass schon vor einiger Zeit Fensterdichtungen an der Annetteschule erneuert wurden und die noch Bestehenden evtl. nicht genügend abschließen. Herr Grimberg sagt eine Überprüfung zu.

Geänderter Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt, die in der Anlage 2 genannten Erhaltungsmaßnahmen zu genehmigen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Ausbau der Otto-Bergmeyer-Straße (53014-406) Vorlage: 046 / 13

00:42:08

Herr Schröder erläutert zur Vorlage und erklärt dass die Thematik nicht neu sei. Schon im Jahr 2008 sei eine Vorlage erstellt worden, in der es Anträge gab und drei Varianten untersucht wurden. Zunächst habe die Verwaltung den Auftrag erhalten den Grunderwerb zu tätigen, damit die Straße um die Güterabfertigung herumgeführt werden könne. Danach sollte nach gegebenem Standart ausgebaut werden. Diese Grunderwerbsverhandlungen seien gescheitert, weil der Eigentümer des Gebäudes die Parkflächen nicht verkaufen möchte, da das Gebäude sonst eine Wertminderung erfahren würde.

Vor 2-3 Jahren habe die Verwaltung Flächen für den Ausbau des Wendehammers erworben. Allerdings fehlen zurzeit noch Flächen um den Wendehammer auszubauen.

Beim zweiten Punkt gehe es um das Thema des Einmündungsbereiches. Herr Schröder zeigt anhand der Präsentation verschiedene Möglichkeiten auf, die Einmündung zu gestalten.

Er verweist auf das ab 01.01.2014 geltende neue Buskonzept, wo dann vom Busbahnhof aus weniger Busse zeitgleich abfahren werden. Außerdem werde noch im Rahmenplan Innenstadt über den Busbahnhof und den Bahnhofsvorplatz beraten. Er schlägt somit vor, die Entscheidung Otto-Bergmeier-Straße im Gesamtkonzept Bahnhofsumfeld zu sehen und mit einzubringen.

Herr Hagemeyer pflichtet den Ausführungen von Herrn Schröder bei. Die CDU-Fraktion sehe in der großen Lösung die Möglichkeit, den Bahnhofsvorplatz von der Aufnahme der Überlandbusse zu befreien. Für den Busbahnhof Matthiasstraße und den Bahnhofsvorplatz soll es ein gemeinsames Ausbaukonzept geben. Er weist darauf hin, dass die Finanzierung der Maßnahme im Moment günstig sei. Er stellt klar, dass die CDU-Fraktion heute nichts beschließen möchte. Der Rahmenplan Innenstadt soll abgewartet werden, auch so die Prioritätenliste dieser Projekte.

Man müsse zu einer großen Lösung kommen, in der der Bustreff Matthiasstraße, der Bahnhofsvorplatz und die Otto-Bergmeyer-Straße als ein großes Projekt zu sehen sei. Er regt an die Otto-Bergmeyer-Straße im Moment nicht auszubauen und die Vorlage so nicht zu beschließen.

Herr Weßling bestätigt, dass es in der Ausführung nur mit einem großen Gesamtkonzept gehe. Auch er weist darauf hin, dass die Finanzierung von Busbahnhöfen im Moment günstig sei. Es gebe vom Land Fördermittel die eine Zuschussung von

90 % in Aussicht stellen. Somit stellt sich die Frage, wie schnell die Anträge gestellt werden müssen um in dieses Förderprogramm zu kommen. Er sei der Meinung, dass die heutige Vorlage ohne Punkt 1 beschlossen werden könne.

Herr Schröder berichtet von einer Mitteilung des Zweckverbandes, der eine Erhöhung der Zuschussquote auf 90 % beschlossen habe. Die Stadt Rheine werde sich hierfür in ein mehrstufiges Verfahren einreihen müssen. Das heißt, dass erst ein Antrag auf Finanzierungshilfe gestellt werden müsse, um dann auf eine Prioritätenliste gesetzt zu werden. Die Planung sei allerdings noch nicht so weit ausgereift, dass schon ein Zuschussantrag gestellt werden könne. Erst müsse das neue Buskonzept ab 2014 eingearbeitet und mit den Nahverkehrsunternehmen wie RVM, Westfahlenbus geklärt werden, inwieweit diese integriert werden möchten.

Herr Brauer schlägt vor nachfolgend geänderten Beschluss zu fassen:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung eine Optimierung des Bahnhofsumfeldes und der Otto-Bergmeyer-Straße im Zuge der Umgestaltung des Bustreffs zu untersuchen.

Die Verwaltung habe somit auch den Auftrag bekommen, Planungsrecht zu schaffen.

Geänderter Beschluss:

Der Bauausschuss beauftragt die Verwaltung eine Optimierung des Bahnhofsumfeldes und der Otto-Bergmeyer-Straße im Zuge der Umgestaltung des Bustreffs zu untersuchen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Haushaltskonsolidierung - Liste 1 "Konsolidierungsvorschläge"
Ziffer 1.26 "Erhöhung Ausschreibungsgebühren"
Vorlage: 107 / 13

00:53:32

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Herr Schröder erläutert, dass die Thematik schon vor einem Jahr als Information dem Bauausschuss zur Kenntnis gegeben worden sei. Aus formalen Gründen sei es erforderlich, dass ein Beschluss des Bauausschusses herbeigeführt werden müsse, der dann in der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschuss zu bestätigen sei.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung zur Ziffer 1.26 „Erhöhung Ausschreibungsgebühren“ der Liste 1 – Konsolidierungsvorschläge zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

10. Haushaltskonsolidierung - Liste 2 "Handlungsansätze" , Ziffer
2.30 "Outsourcing Gebäudemanagement"
Vorlage: 103 / 13

00:54:38

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss zu fassen:

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Verfahrensvorschlag der Verwaltung zur Ziffer 2.30 „Überprüfung des Stellenbedarfs im Gebäudemanagement bei weitgehendem Outsourcing“ der Liste 2 – Handlungsansätze zur Haushaltskonsolidierung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

11. Haushaltskonsolidierung FB 5 - Planen und Bauen - öffentliche Grünflächen
Zwischenbericht zur Reduzierung des Unterhaltungsaufwands für Park- und Gartenanlagen
Vorlage: 026 / 13 / 1

00:55:05

Herr Schröder erläutert anhand der Präsentation zum Einen, wie die beteiligten Gremien zusammenarbeiten und zum Anderen, wie sich die Situation der öffentlichen Grünflächen im Moment darstelle.

Er berichtet über Gespräche die mit den Beteiligten geführt worden seien. Es sei Einigung über die Einsparbeträge erzielt worden.

Herr Hagemeyer berichtet, dass die CDU-Fraktion dankbar über das Ergebnis sei. Er dankt der TBR für das Verhandlungsgeschick bei den Gesprächen mit den beiden Vereinen. Die für 2013 bestehende Situation, ergebe allerdings noch keine Einsparungen im Haushalt. Die Einsparungen, die die Vereine mittragen, würden im bestehenden Jahr durch den Rückbau der Gärten aufgebraucht.

An dieser Stelle möchte Herr Hagemeyer vom Betreiber des Bürgerhofes Schott-hock mitteilen, dass dieser bereit sei den Bauerngarten in Eigenregie zu pflegen.

Herr Brauer erklärt, dass wenn dies so erfolge, in diesem Jahr noch 1950,00 Euro eingespart werden können und ein Rückbau des Gartens nicht erfolgen müsse.

Herr Hagemeyer fragt an, was für Erkenntnisse das Gutachten bringen müsse, damit sich dieses auch lohnen werde.

Herr Kuhlmann erklärt, dass es gut sei wenn ein Außenstehender, der nicht in der Thematik involviert sei, neutral auf das Geschehen blicke. Er sehe auch das Spannungsverhältnis in den bestehenden Parks zwischen den Menschen, die die Parks pflegen müssen und den Personen die ehrenamtlich tätig seien und an einer Weiterentwicklung der Parks interessiert seien. Seiner Meinung nach sei ein Gutachten geeignet, eine sachliche Grundlage zu schaffen, damit eine konstruktive Auseinandersetzung mit dem Thema möglich sei.

Herr Kuhlmann weist noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt Rheine vom GPA eine klare Arbeitsaufgabe erhalten habe. Er stellt klar, dass er dieses Gutachten als tendenziöses Gutachten gesehen habe, da z.B. von einer Einsparung von 600.000 Euro ausgegangen werde, obwohl nur 430.000 Euro als Ausgaben veranschlagt seien. Gleichwohl zeige es natürlich die Problematik auf, dass es hohe Anforderungen an freiwillige Leistungen gebe, obwohl nicht einmal, lt. Aussage des Kämmerers, die Pflichtleistungen erbracht werden können. Um in diese Diskussion einzusteigen, sehe er das Gutachten als gute und vor allem emotional und sachlich neutrale Grundlage. Der Bauausschuss könne dann entscheiden, welche Änderungen durchgeführt werden.

Herr Brauer weist noch einmal darauf hin, dass nicht jeder Gutachter der von Außen komme, Weisheit mitbringe. Er erklärt, dass Herr Kuhlmann auf das Gutachten des GPAs hingewiesen habe, wo auch unabhängige Gutachter einen neutralen Blick auf die Systematik hatten.

Herr Kuhlmann erklärt, dass es hier darum gehe, eine gute Entscheidungsbasis für weiteres Handeln zu erhalten. Das GPA habe nur eine wirtschaftliche Bewertung erstellt.

Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Rheine folgendes zu beschließen:

1. Standardreduzierungen in Höhe von rd. 19.000 € pro Jahr in Abstimmung mit dem Stadtparkverein durchzuführen,
2. Standardreduzierungen in Höhe von rd. 4.000 € pro Jahr in Abstimmung mit dem Walshagenparkverein durchzuführen,
3. Nach Umsetzung der o. a. Standardreduzierungen soll über die Vergabe eines Gutachtens zur Entwicklung des Stadt- und Walshagenparks frühestens 2014 entschieden werden.
4. Weitere Einsparungen im Bereich der Grünflächenunterhalt nach Auswertung der Ergebnisse einer Untersuchung der gesamten Grünflächenunterhaltung im I. Quartal 2014 zu beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

12. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

01:05:59

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

13. Anfragen und Anregungen

01:06:00

13.1. Tecklenburger Nordbahn

Herr von Wanrooy möchte wissen, ob es wahr sei, dass die Tecklenburger Nordbahn ihren Dienst eingestellt habe und warum.

Herr Kuhlmann erläutert hierzu, dass man für eine Erklärung etwas weiter ausholen müsse. Es gebe eine Streckenführung, parallel zum Hauptgleis von Osnabrück-Eversburg bis Rheine. Außerdem gebe es noch einen zweiten Zweig, der vom Bahnhof Rheine nach Spelle führe. Das Gleis Osnabrück-Eversburg – Rheine sei in einem so schlechten Zustand, dass ohne erhebliche Investitionen ein Weiterbetrieb auf diesem Gleis nicht möglich sei. Bis vor Kurzem sei dieses Gleis noch von Güterzügen genutzt worden.

Herr Kuhlmann erklärt, dass es mehrere Optionen gebe damit umzugehen:

- Man reaktiviert auf ganzer Länge das Gleis, so dass ein Personen- wie auch ein Güterverkehr wieder stattfinden könne. Dies bedeute ein Aufwand für die Renovierung des Gleisbettes in einem zweistelligen Millionen Bereich.
Allerdings gebe es im Moment keinerlei Notwendigkeit für diese umfangreiche Maßnahme
- Man reaktiviert die Strecke Osnabrück-Eversburg bis Recke um einen Personannahverkehr zu organisieren. Aber auch hier seien die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen.
- Man stelle das Gleis komplett vom Verkehr frei. Das hätte zur Folge, dass im Falle einer Reaktivierung der Strecke, diese nur mit massiven betriebsrechtlichen Anforderungen erfolgen könne.

Daher habe man sich für eine Variante der Aufgabe entschieden, den Gleisstrang Osnabrück-Eversburg bis Rheine in einen Auslaufbetrieb ohne Betrieb / Nutzung zu überführen. Dies habe zur Folge, dass die Betriebsfähigkeit der Gleise in rechtlicher Hinsicht erhalten bleibe. Die Strecke würde nur nicht weiter befahren. Im Falle einer Reaktivierung könne somit einfacher vorgegangen werden.

Herr Kuhlmann erläutert weiter, dass die zweite Strecke zwischen Spelle und Rheine weiterhin betrieben werde. Diese sei im Eigentum der DB Netz und von der Tecklenburger Nordbahn langfristig gepachtet. Alle Anrainer würden weiterhin bedient werden. Nach Osnabrück nutze die Tecklenburger Nordbahn jetzt auch das Streckennetz der Deutschen Bahn AG.

13.2. Sauberes Rheine

Herr Hagemeier weist darauf hin, dass immer wieder Klagen an ihn herangetragen werden, dass es in den Parks, Straßenbegleitgrün etc. schmutzig sei bzw. Abfall läge.

Er sei der Meinung, dass das ehrenamtliche Engagement in diesem Bereich gestärkt werden müsse. Vielleicht könne von der TBR ein Wettbewerb ausgeschrieben werden. Man müsse versuchen, auch daraus eine Daueraufgabe zu machen, wie dies schon bei der Pflege der Kapellen geschehen sei.

Als Beispiel führt er die Grünpflege an Straßen in Neuenkirchen an, wo anliegende Gärtner oder Anlieger städtische Beete gestalten.

Er sei der Meinung, dass gerade hier ein anderes Bewusstsein der Mitmenschen und Bürger angestrebt werden müsse. Er stelle sich die Frage, wie man die Sauberkeit in Rheine besser hin bekomme. Er bittet die Verwaltung, zu prüfen, wie das Bewusstsein und Engagement durch die Bürger in diesem Bereich verstärkt werden könne.

Herr Kuhlmann möchte dies nicht so stehen lassen. Er glaube schon, dass die Kolleginnen und Kollegen der TBR gute Arbeit leisten und sich auch im Rahmen ihrer Tätigkeiten bemühten, ein vernünftiges Erscheinungsbild der Stadt Rheine zu generieren. Herr Kuhlmann verweist auf bestehende Konzepte um Bürger für bestimmte Aktivitäten zu gewinnen. Ein Beispiel in diesem Zusammenhang sei auch die ehrenamtliche Pflege der Kapellen mit deren Umfeld. Er empfiehlt, dieses Thema in den Verwaltungsrat der TBR zu geben, um dies weiter zu entwickeln. Er werde Herrn Lucas bitten, die bestehenden Aktivitäten für eine Beratung/Information im Bauausschuss noch einmal zusammenzustellen.

Ende der Sitzung:

18:35 Uhr

Karl-Heinz Brauer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin